Ostforschung in Westdeutschland

Corinna R. Unger, Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1975, Stuttgart (Steiner) 2007, 497 S., 56,00 €

Nachdem zuletzt die deutsche Ostforschung während des Nationalsozialismus im Mittelpunkt des Forschungsinteresses gestanden hat, nimmt Corinna R. Unger nun die Nachkriegszeit und ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik in den Blick. Zentrale Fragestellung ihrer Studie ist, inwiefern sich der politische Systemwechsel vom nationalsozialistischen Regime zur parlamentarischen Demokratie und der Kalte Krieg auf die westdeutsche Osteuropaforschung ausgewirkt haben. Gleichzeitig fragt die Autorin nach der Ostforschungs-Förderungspolitik der DFG und den ihr zugrunde liegenden wissenschaftlichen und politischen Bewertungskategorien. Konzeptionell orientiert sich die Autorin hierbei an der Unterscheidung des amerikanischen Wissenschaftshistorikers Theodore M. Porters zwischen *disziplinärer* und *mechanischer* Objektivität. Während erstere die anerkannten wissenschaftlichen Verfahren innerhalb bestimmter Fachkulturen beschreibt, ist letztere als eine an die Öffentlichkeit gerichtete Rhetorikfigur zu verstehen. Das Modell wird allerdings im Verlauf der Untersuchung nicht stringent angewendet.

Das der Einleitung folgende zweite Kapitel fasst anhand des Forschungsstandes der letzten zwanzig Jahre die Entwicklung der deutschen Ost(europa)forschung vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zusammen. Im Hauptteil der Untersuchung (Kapitel III-V) werden zunächst für das Thema relevante Entwicklungen und maßgebliche Aspekte der frühen westdeutschen Gesellschaft – der Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete, die Existenz zweier deutschen Staaten, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft – in Beziehung zu den Neu- und Umordnungen innerhalb der Osteuropaforschung gesetzt. Den Forschungsinteressen und -themen einer Deutschtum zentrierten und vornehmlich auf Polen ausgerichteten Ostforschung in der Bundesrepublik sowie ihrer staatlichen Förderung durch das Bundesministerium des Innern, des Auswärtigen Amtes oder des Gesamtdeutschen Ministeriums widmet sich das vierte Kapitel. Anschließend werden die Entstehungskontexte und Entwicklungen innerhalb der westdeutschen Russland-, Sowjet- und Kommunismusforschung – etwa anhand des Totalitarismus-Axioms oder vor der Folie des Wettstreits der USA und der Sowjetunion um die Vormachtstellung in Afrika und Asien – gesondert in den Blick genommen. Den verschiedenen Wandlungsprozessen innerhalb der westdeutschen Osteuropaforschung, interpretiert auch als Konsequenzen einer sich verändernden Ostpolitik seit den späten 1950er Jahren, geht Unger im sechsten Kapitel nach. Im letzten Kapitel verfolgt die Autorin einen komparatistischen Ansatz, den sie leider nicht systematisch für die Gesamtdarstellung angelegt, sondern lediglich angehängt hat. Als Kontrastfolie benutzt sie die

US-amerikanische Russlandforschung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er Jahre. Damit werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten etwa hinsichtlich der länderspezifischen Art der Wissenschaftsförderung oder innerhalb des für Osteuropaforscher dies- und jenseits des Atlantiks erkenntnisleitenden Deutungsschemas des Antikommunismus verdeutlicht.

Grundsätzlich gilt, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn auch Wissenschaftlerinnen – von denen es im Übrigen innerhalb der Osteuropaforschung nicht so wenige gab, wie einleitend behauptet wird – nicht nur »mitgedacht« worden wären, sondern auch tatsächlich Eingang in die Untersuchung gefunden hätten.

Davon abgesehen besticht die Studie durch den weit gezogenen Radius, innerhalb dessen die Autorin die Entwicklung der bundesdeutschen Osteuropaforschung materialreich analysiert. Sie berücksichtigt die universitären und außeruniversitären Forschungszentren genauso wie Institutionen für Politikberatung, Schulbuchkommissionen, Weiterbildungsakademien sowie Heimat- und Vertriebenenvereine. Differenziert arbeitet Unger dominierende wie auch gegenläufige Forschungsmeinungen und politische Dispositionen heraus, deren mentale, inhaltliche und methodische Veränderungs- und Verlagerungsprozesse sie jeweils überzeugend nachzeichnet. Anschaulich gelingt es ihr dabei durchgängig, die Interdependenzen zwischen Wissenschaft und Politik im Kontext des Kalten Kriegs – und seiner Verlagerung in die *Dritte Welt* –, der Westintegration der Bundesrepublik, der Debatten um den Nationalsozialismus und den Holocaust oder des sich entspannenden Ost-West-Konfliktes auszuleuchten.

Es ist aber eben dieser ambitionierte Weitwinkelblick auf die »Erforschung des europäischen Ostens«, der gleichzeitig für die Schwäche der Arbeit verantwortlich ist, denn die Autorin verliert auf diese Weise die DFG – mithin einen ihrer zentralen Untersuchungsgegenstände – zu weiten Teilen aus dem Fokus. So erfahren Leserinnen und Leser viel über die personelle, institutionelle und inhaltliche Binnendifferenzierung der Osteuropaforschung, über verschiedene Phasen der bundesrepublikanischen Vergangenheitspolitik sowie über die Interessen konkurrierender bundesdeutscher Ministerien um die Zuständigkeit für die Ostforschung, aber kaum etwas über eine spezifische DFG-Förderung. Zwar werden punktuell Einzelgutachten über bewilligte oder abgelehnte Forschungsanträge sowie Personalentscheidungen aufgeführt, welche verdeutlichen, dass der Forschungsgemeinschaft in einigen Fällen daran gelegen schien, keine Themen oder Forscher zu fördern, die aufgrund des Nationalsozialismus als zu belastet galten. Doch schon bei der Auswahl der eigenen Gutachter wurde diese Leitlinie nicht immer konsequent durchgehalten. Auch die in der Einleitung skizzierte Gesamtentwicklung der DFG-Förderschwerpunkte in der Ostforschung wird im weiteren Verlauf nicht mehr ausführlich aufgeschlüsselt; der DFG-interne Ausschuss und die daraus hervorgegangene Kommission für Ostforschung werden erst wieder im vierten bzw. sechsten Kapitel knapp behandelt. In summa kann darum die wiederholt am Ende von Kapiteln konstatierte These einer rein nach wissenschaftlichen Kriterien agierenden DFG versus einer politisch motivierten Ostforschung nicht überzeugen, zumal die Autorin mit dieser dichotomen Aufstellung auch ihren differenzierten Eingangsbemerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik widerspricht.

Durch die vergleichsweise unbedeutende Position der genannten Ostforschungsarbeitskreise in der DFG, vor allem aber angesichts der in der Untersuchung selbst immer wieder eindrücklich geschilderten immensen ministeriellen Förderungssummen für die westdeutsche Osteuropaforschung, stellt sich insgesamt die – von der Autorin aber nicht explizit aufgegriffene – Frage, inwiefern die *scientific community* auf die Förde-

rung und wissenschaftspolitische Billigung der DFG überhaupt angewiesen war.

Heike Berger (Bielefeld)